



**VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND
UNTERNEHMER**

STIMMEN AUS DER TÜRKEI

Pressespiegel der TÜSIAD-Repräsentanz Berlin

21. April 2006

ARMENIEN-KONFERENZ SUCHT DIALOG

KEINE BESCHNEIDUNG DER RECHTE

FRÜHE WAHLEN IN SICHT

ÇIÇEK ERKLÄRT NEUES ANTITERRORGESETZ



ARMENIEN-KONFERENZ SUCHT DIALOG

Vor allem unter dem Vorwurf des Völkermordes geführt wird das Thema Armenien von einer anderen Seite angegangen werden – auf einer Konferenz organisiert von der Erciyes Universität. Der Patriarch der türkischen Armenier, Mesrob II., hatte sich bislang geweigert, Fragen dazu zu beantworten, wird aber diese Konferenz aufsuchen, um friedliche Leben der Armenier im Osmanischen Reich zu erörtern. Professor Metin Hulagu, stellvertretender Dekanchef der geisteswissenschaftlichen Fakultät an der Erciyes-Universität und Leiter der Veranstaltung, teilte mit, Mesrob II habe vorherige Einladungen abgelehnt, was ihn jedoch jetzt überzeugt habe sei die Zielsetzung: „Wir wollen über den Frieden und den Dialog zwischen den beiden Nationen sprechen.“ Ein anderer bemerkenswerter Aspekt des Symposiums wird sein, dass, wer vorher aggressiv über das Thema gesprochen habe, nun über die Möglichkeiten des Zusammenlebens von Türken und Armeniern reden wolle. Die auf drei Tage anberaumte Konferenz... trägt den Titel: Die Kunst des Zusammenlebens in der osmanischen Gesellschaft: Der Fall der Türkisch-Armenischen Beziehungen“. Hulagu meint, es sei verständlich, dass der Patriarch frühere Einladungen zurückgewiesen habe. „Natürlich hat er die Einladung einer konservativen Stadt in Anatolien nicht akzeptiert, weil dort die Atmosphäre aufgeheizt war. Wir kümmerten uns um die Gründe dieser Entscheidung, und als Herr Mesrob vor zwei Wochen Kayseri besuchte, sprach ich mit ihm über das Symposium und dessen Ziel, und er nahm die Einladung an, als ich ihm versicherte, dass wir uns auf die Themen Frieden und Dialog konzentrieren wollten.“ Professor Hulagu betonte, Politik werde auf der Konferenz nicht berührt. „Wir legen Nachdruck auf Frieden und Toleranz. Wir wollen zeigen, dass die armenische und die türkische Gesellschaft Jahrhunderte lang zusammen lebten. Hätten wir nicht versucht, uns an diese Themen zu halten, dann hätte der Patriarch nicht teilgenommen.“ Der Professor erinnerte daran, dass niemand bislang das Friedensthema in den Vordergrund gestellt habe. Er fügte hinzu, ein ähnliches Seminar sei in Eriwan, der Hauptstadt Armeniens, geplant.

Zaman

KEINE BESCHNEIDUNG DER RECHTE

„Wenn wir gegen den Terrorismus kämpfen, dann werden wir keine Rechte und Freiheiten außer Kraft setzen“, versicherte Abdullah Gül, Außenminister und stellvertretender Premierminister der Türkei. Auf dem privaten Fernsehsender CNN-Türk meinte Gül: „Die Türkei hat bereits Gesetze gegen den Terrorismus, auch im Strafgesetz. Darin sind alle Verbrechen definiert.“ Unter Betonung des Umstandes, dass die Terror-Organisation PKK ihre Aktionen zu steigern sucht, schlug Gül vor,



einige Artikel der antiterroristischen Gesetze zu verschärfen, um so den türkischen Sicherheitskräften Gelegenheit zu verschaffen, Gesetzlosigkeit wirkungsvoller zu bekämpfen. Gül unterstrich, die Terroristen seien wegen des fortgesetzten Wachstums und der Stabilität der Wirtschaft verunsichert, und daher wiederholten sie ihre Attacken. Das Antiterrorgesetz sei im Parlament sehr detailliert vorbereitet worden, sagte Gül, und für die Türkei stünde das außer Frage, dass sie sich bei diesem Thema nicht mit der EU querlegt. „Wir legen großen Wert auf eine moderne Demokratie. Wir sind auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der EU.“ Gül betonte: „Die türkische Regierung hat eine Verpflichtung, die Grundfreiheiten auszubauen. Da ist noch viel zu tun. Der Reformprozess läuft, und wir werden dafür hart arbeiten.“ Gül merkte an, dass seine Regierung wichtige Schritte unternommen habe um die wirtschaftliche Entwicklung und Demokratisierung zu sichern – das habe bei den Terroristen zu Ängsten und Unsicherheit geführt. *TDN*

FRÜHE WAHLEN IN SICHT

„Es sieht ganz so aus, dass es bald zu frühen Wahlen kommt“, sagte Mehmet Agar, Chef der Partei des wahren Weges DYP. Auf einer Pressekonferenz in der Stadt Samsun meinte Agar, „die derzeitigen Konditionen in der Türkei und die Praxis der Regierung haben bereits erwiesen, dass vorgezogene Wahlen kommen könnten.“ Wenn wir den Stillstand in der Außenpolitik berücksichtigen und die Entschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus, dann sieht es nach frühen Wahlen aus. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen um mit den Problemen der Türkei fertig zu werden. Jedoch ist die Regierung unfähig, sie zu ergreifen. Die Wahlen aber sind der Schlüssel dafür.“ Auf eine Zusatzfrage sagte Agar den Reportern, zunächst solle die Türkei sich über ihre Regierung klar werden. Dann könne der Prozess der Präsidentschaftswahlen beginnen. *TDN*

ÇIÇEK ERKLÄRT NEUES ANTITERRORGESETZ

Während die Regierung darauf beharrt, das neue Antiterrorgesetz beschneide keine der neu gewonnenen Freiheiten, und die Kritiker sollten die Gesetzesvorlage sorgfältig prüfen, sind die Medien über die dünne Linie irritiert, die terroristische Verbrechen von anderen trennt, und sie warnen vor Missbrauch. Die Medien kritisieren das neue Gesetz, das dem Parlament unterbreitet wurde, als eine Rückkehr zu vergangenen Zeiten, als die Grundfreiheiten zugunsten von Sicherheit aufgeweicht wurden, während die Regierung Ängste verstärkte. Justizminister Cemil Cicek sagte dazu, er stimme mit der Kritik nicht überein, dass neue Gesetz werde die Grundfreiheiten der Bürger beschneiden, wobei die Regierung, das Komitee für Antiterrorismus und die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP seien bei solchen Befürchtungen sehr sensibel. Kommentare über das neue Ge-



setz, es reduziere die Grundfreiheiten, basierten auf falschen Informationen. Alle sollten die Texte genau lesen. Der erste Artikel des Gesetzes mache die Definition von Terrorismus klar. Danach müsse der Rest des Gesetzes verstanden werden. In einem wichtigen Zusatz werde das Gesetz auf Drogen- und Menschenhandel erweitert. Keine direkten terroristischen Verbrechen, aber doch imstande, verbotenen Terrororganisationen zu nutzen. Die türkischen Medien kritisieren den Gesetzesvorschlag, weil er zu viele Taten als Terrorismus definiere und so leicht missbraucht werden könne.

Turkish Daily News

Verantwortlich: Dr. Mehpare Bozyigit-Kirchmann, Direktorin, TÜSIAD Deutschland Diese elektronische Veröffentlichung kann bei info@tusiad-de.org bestellt werden. Der Text darf ganz oder zum Teil reproduziert und/oder verbreitet werden, wobei die Quelle richtig zitiert werden muss: „TÜSIAD-DE“, Website. www.tusiad-de.org